



Fraktion
in der
Stadtverordneten-
versammlung

Rathaus
Obere Königsstr. 8
34112 Kassel
Telefon: 0561/787-3317
Telefax: 0561/787-3318
www.auf-ks.de

Kassel, Januar 2006

SPD und CDU wollen Oppositionsarbeit im Rathaus behindern **Die Wähler in Kassel sollen bevormundet werden**

SPD und CDU im Kasseler Rathaus haben in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2005 durchgesetzt, dass Parteien oder Wahlbündnisse nach den Kommunalwahlen 2006, nur dann Fraktionsstatus erhalten, wenn sie mindestens 3 gewählte Vertreter haben. Die von der CDU-Landesregierung bereits verschärfte Hessische Gemeindeordnung, sieht mindestens 2 gewählte Vertreter als Fraktion vor, stellt aber den Städten frei, diese Zahl noch zu erhöhen. Damit wurde der Willkür Tür und Tor geöffnet. Den ursprünglichen Plan, sogar 4 gewählte Vertreter als Voraussetzung zur Anerkennung einer Fraktion zu machen, hatten SPD und CDU aufgegeben. Das öffentliche Interesse und der Protest gegen ihr Vorhaben, waren die Gründe dafür. Dieser undemokratische Beschluss bedeutet vor allem eine massive Verfälschung des Wählerwillens.

Die Arbeit von Gruppen die weniger als 3 gewählte Mitglieder haben, wird massiv behindert werden

1. sie bekommen keine Räumlichkeiten und die notwendigen Arbeitsgeräte (wie PC, Telefon, Schreibtisch, Aktenschränke) nicht mehr gestellt. Sie werden gezwungen entweder Räume anzumieten oder in einer Wohnung ein Büro einzurichten.
2. sie sind nicht mehr Mitglied in Gremien wie dem Ältestenrat und werden so von Informationen ausgeschlossen.
3. das Rederecht wird eingeschränkt.
4. die finanziellen Mittel für Fraktionsarbeit werden gestrichen,
5. die Bürgerinnen und Bürger hätten keine Anlaufstelle, wo sie sich an AUF-Kassel wenden können

David gegen Goliath

Unser Personenwahlbündnis hat sich vor 5 Jahren gegründet. Nuray Yildirim wurde als Vertreterin von AUF-Kassel bei den letzten Kommunalwahlen ins Rathaus gewählt. Sie arbeitet in Vollzeit bei einem Kinderarzt. Um den Anforderungen einer Tätigkeit als Stadtverordnete gerecht werden zu können, ist sie auf ehrenamtliche Unterstützung aus unserem Bündnis angewiesen.

Die großen Fraktionen dagegen haben Hauptamtliche, die nichts anderes als Politik machen. Sie kassieren erhebliche Summen an Steuergeldern (SPD **164 705 €** und CDU **159 845 €** im Jahr 2005). Dazu kommt noch die persönliche Aufwandspauschale von 400 € pro Monat, die jeder Stadtverordnete erhält. Auch Arbeitsräume und deren Ausstattung werden bezahlt, die Reinigung und der Verbrauch von Strom und Heizung.

Die Fraktionsspitzen von SPD und CDU wollen die Wähler in Kassel bevormunden

Die Bundestagswahlen 2005 haben gezeigt, dass SPD und CDU an Einfluss in der Bevölkerung verlieren. Die Fraktionschefs von SPD und CDU Frankenberger und ehemals Holler glauben wohl, sie könnten diese Entwicklung in Kassel aufhalten, indem sie wieder Wahlhürden aufstellen. Seit den letzten Kommunalwahlen, die ohne die undemokratische 5 %-Klausel durchgeführt wurden, gibt es in zahlreichen Städten aktive Wählervereinigungen in den Parlamenten. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die nun gestoppt werden soll. SPD und CDU in Kassel missbrauchen ihre Mehrheiten, um eine ihnen unbequeme Oppositionsarbeit zu verhindern.

Kassel braucht eine andere Politik

Auf-Kassel macht eine aktive Oppositionsarbeit. In jeder Versammlung nimmt unsere Stadtverordnete, Frau Yildirim, Stellung zu aktuellen Fragen, stellt Anträge usw. Wir lehnen es ab, dass der städtische Haushalt auf Kosten der Bevölkerung saniert wird. Wir fordern, dass der Magistrat endlich Verhandlungen mit den Gläubigern über die Streichung von Schulden aufnimmt. Wir fordern Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und die wachsende Armut in der Stadt. Wir fordern eine Politik zum Schutz der Bürger gegen Feinstaub und andere Umweltbelastungen.

SPD und CDU tragen die **Hauptverantwortung** dafür, dass die Stadt Kassel mit knapp **460 Mio. €** völlig verschuldet ist.

- Sie sind mitverantwortlich dafür, dass es beim Thema Feinstaub in Kassel nicht vorangeht.
- Sie haben sich stark gemacht für die Einführung von Hartz IV und für die Pauschalierung der Sozialhilfe
- Sie unterstützen die Kürzungen der Ausgaben bei den Kindern und Jugendlichen in Kassel.
- Sie unterstützen den Oberbürgermeister, der 11,5 Mio. € an Betreiber und Investoren einer Multifunktionshalle verschenken will.
- Sie unterstützen die Verschwendung von Steuergeldern für den Bau des Flughafens Calden.

Diese Liste lässt sich beliebig verlängern.

AUF-Kassel meint, dass sich Wählerinnen und Wähler eine Einschränkung ihrer demokratischen Rechte nicht gefallen lassen dürfen.

Geben Sie den etablierten Parteien die richtige Antwort. Bei den Kommunalwahlen am 26. März 2006:

AUF – Kassel
die kämpferische Opposition ins Rathaus